

In den vergangenen Jahren hat sich das Verständnis der Volkswirtschaftslehre gewandelt. Bis in die siebziger Jahre dominierte die Wirtschaftspolitik, die sich auch als Berater außerhalb der Universitäten verstand. Dann schwappte von den USA die Mathematisierung der Volkswirtschaftslehre nach Deutschland über und ergriff ganze Universitäten. Das Fach Wirtschaftspolitik wurde ins Abseits gedrängt. Welchen Beitrag leistet die moderne Volkswirtschaftslehre zum Verständnis aktueller wirtschaftspolitischer Probleme, und welche Richtung sollte die VWL nehmen?

Die Volkswirtschaftslehre steckt nicht in der Krise

Die Volkswirtschaft steckt in einer tiefen Krise – die Volkswirtschaftslehre (VWL) nicht. Die gegenteilige Behauptung stützt sich aktuell in der Regel auf (mindestens) eines von drei Argumenten: 1. Die aktuelle volkswirtschaftliche Forschung trägt nicht signifikant zum Verständnis oder zur Lösung aktueller wirtschaftspolitischer Probleme bei. 2. Die Ökonomen haben die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise nicht vorhergesehen. 3. Die Ökonomen haben durch fehlgeleitete Deregulierungsratschläge den Boden für die Krise bereitet. Die ersten beiden Argumente sind richtig. Aber keines von beiden impliziert ein Versagen der VWL. Und das dritte Argument ist falsch.

1)

Die Qualität der VWL im Hinblick auf ihren Beitrag zum Verständnis ökonomischer Vorgänge und zur Lösung wirtschaftspolitischer Probleme kann nicht am Beitrag der aktuell produzierten Theorie und Empirie beurteilt werden (das wäre eine Verwechslung von »flows« und »stocks«). Die Volkswirtschaftslehre ist ein Theorie- und Empiriegebäude, das sich über die Jahrzehnte entwickelt hat und weiter entwickelt. Einige der verfolgten Forschungsstränge haben sich als Sackgassen und Irrwege erwiesen, und das Gleiche wird für aktuelle Strömungen in der VWL gelten. Andere Theorien und empirische Erkenntnisse haben sich als erhellend für das Verständnis von ökonomischen Vorgängen und unverzichtbar bei der Erarbeitung wirtschaftspolitischer Maßnahmen erwiesen. Wer sich über Volkswirtschaft und Wirtschaftspolitik informieren

möchte, schlägt nicht den aktuellen Band der *Econometrica* auf, sondern ein (gutes) aktuelles Lehrbuch. Dort findet man das, was man wissen muss. Und zwar wesentlich umfassender, prägnanter und empirisch besser abgesichert als in einem älteren (und zum Erscheinungszeitpunkt guten) Lehrbuch – hierin drückt sich der erfolgreiche Fortschritt aus, den unsere Disziplin mit ihrem »Publish-or-perish«-Anreizsystem macht.

2)

Aber – mag man fragen – hätten dann die Ökonomen nicht vor dem Ausbruch der Krise, also spätestens im Sommer 2007, aus ihren Lehrbüchern aufschauen und vor der aufziehenden Krise warnen müssen? Hätten sie nicht absehen müssen, was auf die Weltwirtschaft zukam? Das hätte zwei Dinge vorausgesetzt: Erstens hätten ihnen die relevanten Fakten bekannt sein müssen. Zweitens hätten sie daraus die richtigen Schlussfolgerungen ziehen müssen.

Man stelle sich vor, man hätte einem Ökonomen im Sommer 2007 glaubhaft klar gemacht, es sei im Zeitraum 2007–2010 in den USA und Europa zusammen mit folgenden Abschreibungen auf US-Kapitalanlagen zu rechnen: 915 Mrd. US-Dollar auf Hypothekenkredite, weitere 1 439 Mrd. US-Dollar auf damit abgesicherte Wertpapiere und Wertpapierpakete sowie 881 Mrd. US-Dollar auf Unternehmens- und Konsumentenkredite, Kredite an die öffentliche Hand und sonstige Wertpapiere, insgesamt also 3 915 Mrd. US-Dollar. Weiter sei ihm deutlich gemacht worden, dass der überwiegende



Lutz Arnold*

* Prof. Dr. Lutz Arnold ist Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg.

Teil dieser Abschreibungen im Bankensektor anfallen würde. Bei der Abschätzung der Folgewirkungen hätte sich dieser informierte Ökonom auf umfassendes VWL-Wissen stützen können:

- a) Abschreibungen im Bankensektor reduzieren das Eigenkapital der Banken. In dieser Situation ist es naturgemäß schwierig, sich frisches Kapital am Kapitalmarkt zu beschaffen, so dass die Banken zwecks Risikomanagement und Einhaltung der Basel-II-Eigenkapitalvorschriften ihr Kreditportfolio reduzieren müssen. Unternehmen können angesichts asymmetrischer Information auf dem Kapitalmarkt den Wegfall von Bankkrediten auf die Schnelle nicht durch alternative Finanzierungsquellen kompensieren (Disintermediation). Die Kreditklemme führt daher zu einem Rückgang der Investitionen und in eine Rezession. In der 2006er-Auflage meines Makroökonomik-Texts heißt es hierzu: »Banken sind Firmen, die Informationsprobleme bei Unternehmen mildern. Das analoge Informationsproblem bei Banken wird durch Regulierung bekämpft. Schlägt ... die Kontrolle der Banken fehl, so ergeben sich schwerwiegende realwirtschaftliche Konsequenzen« (Arnold 2006, 287). Das alles ist nicht trivial. Wertberichtigungen in anderen Teilen der Volkswirtschaft sind aus volkswirtschaftlicher Sicht (d.h. nicht aus Sicht eines individuell Betroffenen) viel harmloser als im Bankensektor. So fielen zwischen Ende 2007 und Ende 2008 die Aktienkurse weltweit um 28 304 Mrd. US-Dollar (vgl. WFE 2009, 84) – ein Vielfaches der Verluste im Bankensektor –, ohne dass von den betroffenen Privatpersonen und Finanzinstitutionen ähnlich destruktive Wirkungen auf die Makroökonomie ausgegangen wären wie von den Banken. Wenige Jahre vorher waren beim Platzen der New-Economy-Bubble Verluste von etlichen 10 000 Mrd. US-Dollar auf Aktien in eine leichte und kurze Rezession gemündet.
- b) Das Platzen einer Immobilienblase wie in den USA 2006 reduziert den Erlös bei einer Zwangsvollstreckung und damit die Rendite auf das eingesetzte Kapital. In diesem Zusammenhang vermerkt mein Makroökonomik-Text mit Blick auf die Japan-Krise der 1990er-Jahre: »Ende 1989 ... platzte die Immobilien-Bubble ... Nun erwiesen sich viele Kredite als faul, und gleichzeitig waren die Kreditsicherheiten weitgehend wertlos geworden. Es dauerte mehr als zehn Jahre, bis es den Banken unter Inkaufnahme permanenter bilanzieller Verluste gelungen war, die faulen Kredite in ihren Büchern weitgehend abzuschreiben« (Arnold 2006, 260).
- c) Ein selbstverstärkender Prozess beschleunigt die Abwärtsspirale. Simultane Notverkäufe drücken die Asset-Preise weiter. Der individuelle Versuch, die eigene Liquidität zu sichern, verschärft das Problem im Kollektiv.

- d) Das Regulierungsumfeld verursacht zwei weitere selbstverstärkende Prozesse. Zum einen müssen die nach internationalen Rechnungslegungsstandards berichtenden Banken gemäß dem »Mark-to-Market«-Prinzip die Wertpapiere, die sie halten, auf den gemäß c) gesunkenen Marktpreis abschreiben, auch wenn sie davon ausgehen, sie bis zur Fälligkeit zu halten. Zum anderen erhöht die Verschlechterung der Konjunktur das Ausfallrisiko bereits ausgegebener Kredite, was weiteres Eigenkapital bindet (Prozyklizität von Basel II).

Angesichts dieses volkswirtschaftlichen »common knowledge« hätte jeder Ökonom vor dem Hintergrund der oben genannten Zahlen eine Katastrophe beschworen.

Allerdings stammen die Zahlen aus dem *Global Financial Stability Report* des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom April 2009 (IWF 2009, 28). Noch im Oktober 2007 hatte der IWF geschätzt, die Kreditausfälle im Subprime- und Alt-A-Segment des US-Hypothekenmarktes (d.h. unterhalb von A-Ratings) würden sich auf 170 Mrd. US-Dollar belaufen und zu einem Wertberichtigungsbedarf von rund 200 Mrd. US-Dollar führen, und das A-Segment wäre weitgehend sicher (vgl. IWF 2007, 13). Wer hätte sich angesichts dieser Zahlen nicht folgender Einschätzung angeschlossen: »the core commercial and investment banking groups ... are viewed by IMF staff and private sector analysts as sufficiently capitalized, diversified, and profitable to absorb direct losses« (IWF 2009, 10)?

Dass die Ökonomen nicht vorhersahen, wie tief die Finanzkrise würde und welche gravierenden realwirtschaftlichen Folgen sie nach sich ziehen würde, liegt also nicht an falschen Schlussfolgerungen aufgrund von Schwächen der VWL-Theorie, sondern daran, dass sie sich über die Faktenlage im Unklaren befanden. Die Tatsache, dass die Krise nicht vorhergesehen wurde, bedeutet also nicht, dass die VWL als wissenschaftliche Disziplin in einer Krise stecken würde. Die relevante Frage ist vielmehr, ob man den Ökonomen ihren schlechten Informationsstand zum Vorwurf machen kann. Kann man ihnen vorhalten, dass sie sich auf Expertisen von Institutionen wie dem IWF verließen? Hätten sie die Schieflage von Banken – mit ihren in ausländische Zweckgesellschaften ausgelagerten Wertpapierbeständen – erkennen müssen, die der Bankenaufsicht verborgen blieb (»Wir Aufseher haben nicht erkannt, welcher Müll sich bei den Banken rund um den Globus aufgetürmt hat«, so Bafin-Präsident Jochen Sanio im Mai 2009)? War es ihre Aufgabe, die Unverlässlichkeit von AAA-Ratings zu entlarven, während Banken (und zwar auch die Banken, die die »toxischen« Kreditpakete schnürten, selbst) Milliarden eigener Gelder und Kundengelder in die so als sicher deklarierten Assets investierten? Das wäre viel erwartet.

3)

Wenn aber das System so unübersichtlich geraten war, dass weder die Banken selbst noch spezialisierte Organisationen oder Aufsichtsbehörden geschweige denn die Rating-Agenturen die Risiken noch überblicken konnten – ist nicht zumindest das die Schuld der Ökonomen mit ihrem Glauben an die Funktionstüchtigkeit freier Märkte und den daraus abgeleiteten Deregulierungsempfehlungen?

Das erscheint aus zwei Gründen zweifelhaft. Erstens lässt sich bezweifeln, dass die Ökonomen mit Hinblick auf die Finanzmärkte mehrheitlich oder auch nur in weiten Teilen die vorgenommenen Deregulierungsschritte und die Unterlassung von neuer Regulierung befürworteten. Welcher Ökonom hat sich dafür eingesetzt, dass sich Hedgefonds jenseits jeglicher Aufsicht bewegen dürfen? Dass Banken Risiken in intransparente Zweckgesellschaften ausgliedern konnten? Dass sich Investmentbanken ohne Eigenkapitalrichtlinien mit Faktor 30 »leveragen« konnten? Dass Collateralized Debt Obligations (CDOs) und andere komplexe Finanzprodukte »over the Counter« gehandelt werden, anstatt einigermaßen standardisiert auf organisierten Handelsplattformen? Zweitens ist die effektive Lobby-Arbeit auf diesem Gebiet de facto nicht von Ökonomen gemacht worden, sondern von den Personen, die handfest davon profitieren konnten. Die fand man nicht in den Universitäten, sondern (mit sechs- und siebenstelligen Bonifikationsprogrammen ausgestattet) in den Großbanken, Investmentbanken, Private-Equity-Gesellschaften und der Fondsindustrie. Die Politiker und Bürokraten, die bestehende Regulierungen kappten, neue unterließen und sich jetzt noch mit der Finanzbranche gemeinsam dagegen wehren, lassen sich kaum (mit Keynes) als »Sklaven verstorbener Ökonomen« (oder lebender) bezeichnen, sondern viel eher als Wegbereiter dessen, was Simon Johnson – MIT-Professor und vormals IWF-Chefökonom – einen »stillen Coup der neuen Finanzoligarchie« nennt (vgl. Johnson 2009).

Die VWL ist ebenso wenig gegen Fehlentwicklungen geeignet wie andere wissenschaftliche Disziplinen oder wie ihre Vertreter gegen Fehleinschätzungen unübersichtlicher Entwicklungen. Aus den Tatsachen, dass es nur ein Bruchteil aktueller Forschung in die wirtschaftspolitisch relevanten Lehrbücher schafft und dass die Ökonomen die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise nicht prognostizierten, lässt sich aber nicht auf eine Krise der VWL schließen, und aus dem falschen Vorwurf, die Ökonomen hätten die für die Krise mit ursächliche Deregulierung bzw. Unterlassung von Regulierung der Finanzmärkte betrieben, erst recht nicht.

Literatur

- Arnold, L. (2006), *Makroökonomik. Eine Einführung in die Theorie der Güter-, Arbeits- und Finanzmärkte*, 2. Auflage, Mohr-Siebeck, Tübingen.
IWF (2007), *Global Financial Stability Report*, Internationaler Währungsfonds, Washington, Oktober.
IWF (2009), *Global Financial Stability Report*, Internationaler Währungsfonds, Washington, April.
Johnson, S. (2009), »The Quiet Coup«, *The Atlantic*, Mai.
WFE (2009), *Annual Report and Statistics 2008*, World Federation of Exchanges, April.



Olaf Hübler*

Wirtschaftswissenschaft heute: Krise oder Entwicklung auf dem richtigen Pfad?

Wie lautet die Kritik?

In einer Wirtschaftskrise wie der gegenwärtigen sind Ökonomen gefordert und gefragt. Das ist durchaus positiv zu bewerten. Das Interesse nicht nur der Studenten, sondern auch der Medien und der Politik an Fragen der Volkswirtschaftslehre ist zweifellos gestiegen. Da darf es aber auch nicht verwundern, dass in einer solchen Situation die Antworten erstens zögerlich kommen, zweitens unterschiedlich ausfallen, drittens zu unheiligen Allianzen führen und viertens zur Kritik herausfordern.

Die Kritik an der Wirtschaftswissenschaft macht sich an der Sprachlosigkeit fest. Der Vorwurf lautet, die Ökonomik könne keinen relevanten Beitrag zur Vorhersage, Erklärung und Beseitigung der Krise liefern. Auch innerhalb der Profession mangelt es nicht an mahnenden Stimmen. Ein wesentlicher Punkt ist hier die zu starke Mathematisierung der ökonomischen Theorie, die mangelnde Berücksichtigung menschlichen Verhaltens, das bei Keynes noch eine große Rolle gespielt hat, dann aber weitgehend in Vergessenheit geriet. Akerlof und Shiller (2009) gehen in ihrem neuen Buch »Animal Spirits« ganz zentral darauf ein und arbeiten die Bedeutung von Vertrauen, Fairness, Korruption und Geldillusion als wesentliche Triebfedern individuellen wirtschaftlichen Handelns heraus.

Nicht ganz eindeutig lässt sich darüber urteilen, ob die gegenwärtige Diskussion an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten, die auf die Einordnung der Wirtschaftspolitik in Forschung und Lehre abzielt, lediglich eine zufällige Koinzidenz ist oder ob die durch die Krise von außen und in-

nen ausgelöste Kritik an der Volkswirtschaftslehre Anlass für die Debatte um die Bedeutung der Wirtschaftspolitik an den Universitäten war. Da letztere auf Deutschland beschränkt ist, erstere jedoch nicht, spricht einiges dafür, dass kein systematischer Zusammenhang besteht, dass jedoch bei der Formulierung der Argumente, Krise und generelle Kritik an der Volkswirtschaftslehre zum Teil mit Parteigestanden haben.

Alte Kritik im neuen Gewand?

»Heute herrscht allgemeine Übereinstimmung, dass staatliche Wirtschaftslenkung und -politik sich in einem Zustand der Ratlosigkeit befinden. Viele Ökonomen sind überzeugt, dass die aus früheren historischen Situationen herstammenden Rezepte nicht länger anwendbar sind, aber es herrscht nur geringe Übereinstimmung bezüglich neuer Rezepte.« Man könnte meinen, dieser Satz entstammt einem aktuellen Beitrag. Vielmehr hat ihn jedoch Daniel Bell 1980 in einem Sonderheft von *Public Interest* geäußert.

Immer wieder wird in der Auseinandersetzung zwischen Ökonomen die Krise der Nationalökonomie heraufbeschworen. Denken wir an den Methodenstreit zwischen Schmoller (1838–1917) und Menger (1840–1921), bei dem es um Historizismus vs. Grenznutzenschule ging. Oder Tugan-Baranowsky und Böhm-Bawerk haben sich in ihrer berühmten Kontroverse 1914 um Macht oder ökonomisches Gesetz gestritten. Tinbergen und Keynes sind in den Jahren 1938–1940 in ihrer Auseinandersetzung über die Bedeutung der Ökonometrie nicht auf einen Nenner gekommen. Auch Paul Samuelson und Milton Friedman fanden nicht zueinander, als es um Keynesianismus und Monetarismus ging. Hans Albert (1967) hat in »Marktsoziologie und Entscheidungslogik« der herrschenden ökonomischen Theorie Modellplatonismus und Immunisierung gegen Kritik vorgeworfen. In gewisser Weise geht es bei all diesen Auseinandersetzungen um die richtige Methode. Ist dies auch heute der Fall?

Auf den ersten Blick scheint es diesmal viel banaler zu sein: Sind eigenständige Lehrstühle für Wirtschaftspolitik notwendig, oder sollen wirtschaftspolitische Fragestellungen im Rahmen der theoretischen Analyse gelöst werden, so dass eine eigenständige Wirtschaftspolitik nicht notwendig erscheint? Dieser Gegensatz ist jedoch eher vordergründig. An diesem Punkt sollte sich kein Streit entzünden. Die Denomination der Lehrstühle ist relativ belanglos. Es kommt darauf an, wie dort geforscht und gelehrt wird, welche Verzahnung mit anderen Lehrstühlen und Forschungseinrichtungen besteht. Tatsächlich steckt mehr hinter der Debatte. Die Bewahrer einer eigenständigen Wirtschaftspolitik werfen der herrschenden volkswirtschaftlichen Theorie vor, sie leite aus jeweils gewählten Annahmen logische Schlussfol-

* Prof. Dr. Olaf Hübler ist Direktor des Instituts für empirische Wirtschaftsforschung an der Universität Hannover.

gerungen ab, die Ergebnisse seien vollständig in den Annahmen enthalten. Die Methodik garantiere zwar formale Rigorosität, sei aber für die Analyse realwirtschaftlicher Wirtschaftspolitik nicht geeignet. Diese Argumente erinnern doch sehr stark an frühere Auseinandersetzungen – Hans Albert lässt grüßen.

Zunächst hören sich die Vorwürfe, wenn sie denn stimmen, überzeugend an. Es kann nicht darum gehen, eine Wissenschaft auf ein Glasperlenspiel zu reduzieren, in dem kein Bezug zur Realität besteht, in dem es nur um logische Stringenz, um die Anwendung mathematischer Methoden geht, in dem die Verwendung ökonomischer Begriffe nur Vorwand ist, um die Vorgehensweise zu rechtfertigen, in dem die Begriffe im Grunde genommen austauschbar sind. Nicht alles, was in Formeln und Zahlen ausgedrückt wird, trägt zum besseren Verständnis bei.

Wir müssen jedoch bei der Abwägung, welches der richtige Weg ist, trennen zwischen methodischem Vorgehen und der Frage der Realitätsnähe. Es ist nicht so, dass das eine das andere zwangsläufig impliziert. Einigkeit sollte aber darüber bestehen, dass das Wirtschaftsgeschehen ausgesprochen komplex ist. Max Planck hat sich bei der Frage, welche Studienrichtung er einschlagen soll, nicht umsonst für die Physik und gegen die weit weniger zu durchschauende und damit komplexere Welt der Ökonomie entschieden. Er glaubte den intellektuellen Anforderungen eines Studiums der Nationalökonomie nicht gewachsen zu sein.

Wenn die Wirtschaftswissenschaft zu tragfähigen Aussagen kommen will, dann bleibt gar kein anderer Weg als der der Abstraktion. Allein die Kenntnis realer Institutionen und ihrer (Anreiz-)Wirkungen, das Wissen um Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte hilft hier nur bedingt weiter. Wir würden uns, wenn wir uns nur darauf verlassen und keiner klaren Methodik folgten, in dem Gestrüpp von möglichen Reaktionen und Gegenreaktionen derart verrennen, dass im Prinzip jedes beliebige Ergebnis möglich wäre. Wenn die Analyse jedoch im Rahmen eines auf strengen Annahmen basierenden Modells durchgeführt wird, dann sind eindeutige Wenn-Dann-Aussagen möglich. Diese bleiben zwar wertlos, wenn zu stark von der Realität abstrahiert wird, wenn wesentliche Wirkungsmechanismen außer Acht bleiben. Insofern erfüllen die Mahner einer realitätsbezogenen Analyse eine wichtige Funktion. Konsequenz kann aber nicht sein, gleich vollständig in die Welt des realen Geschehens mit all ihren Wirkungen und Nebenwirkungen einzutauchen, um daraus auf das jeweils vorherrschende reale Szenario und auf zukünftige Entwicklungen schließen zu wollen. Vielmehr muss ein von sparsamer Parametrisierung getragener Ansatz den Ausgangspunkt bilden, der sich dem Motto »So einfach wie möglich, so komplex wie nötig« verbunden fühlt. Nun wird der eine oder andere einwenden: So schön dieser Grundsatz ist, die Wirtschaftswissenschaft ana-

lysiert einfach zu wenig reales Handeln. Dieser Behauptung kann ich mich jedoch nicht anschließen. Sie mag auf Standardmodelle zutreffen. Eine derartige Kritik scheint jedoch neuere Entwicklungen nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Welche Entwicklung hat die Ökonomik genommen?

Was ist zu beobachten? Keineswegs eine eindeutig zunehmende Mathematisierung der Ökonomik, wie es Debreu noch 1991 im *American Economic Review* äußern konnte. Vielmehr ist in den letzten Jahren eine Hinwendung zu stärker anwendungsorientierter Forschung zu erkennen, bei der Modelle nicht rein abstrakt formuliert werden, sondern sich konkreter an der inhaltlichen Fragestellung ausrichten. Schauen wir uns Beiträge in den führenden ökonomischen Journals an, wie z.B. im *American Economic Review* oder im *Quarterly Journal of Economics*, so finden wir eine zunehmende Tendenz in diese Richtung. Die Beiträge folgen häufig einem sehr ähnlichen Muster: (1) Motivation der Fragestellung anhand beobachteter spezieller Phänomene, die bisher nur unzureichend erklärt werden konnten oder denen kaum Aufmerksamkeit geschenkt wurde; (2) Entwicklung eines meist gar nicht allzu komplexen formalen Modells, das die zentralen Wirkungsmechanismen herausarbeitet; (3) Konfrontation des Modells mit der Empirie unter Verwendung ökonometrischer Methoden, Durchführung von Robustheitstests; (4) Diskussion weiterführender Überlegungen, die Erklärungen zum Modell und zur Empirie, zu möglichen Widersprüchen liefern und darüber hinausgehende, als weniger zentral erwartete und analytisch schwer erfassbare Einflüsse thematisiert; (5) Ausblick mit wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen.

Die dabei verwendeten Modelle haben sichtbar an Realitätsnähe gewonnen. Von einer Ökonomik ohne Institutionen kann heute vor allem unter Einbeziehung der empirischen Analyse nicht mehr gesprochen werden. Nehmen wir die Arbeitsökonomik: Die Berücksichtigung von Teamarbeit und Reorganisationsmaßnahmen im Unternehmen, von Gewerkschaften und Betriebsräten, von Verhandlungsstärke und Diskriminierung ist genauso selbstverständlich geworden wie die Wirkungsanalyse staatlicher Interventionen sowie gesetzlicher und vertraglicher Vereinbarungen. Wir wissen heute sehr viel mehr als früher über Lohnrigidität, Effizienzlöhne und Insider-Outsider-Verhalten, über die unterschiedlichsten Effekte von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Fortbildungsmaßnahmen und Subventionen. Wir wissen, dass Flexibilisierungsmaßnahmen nicht per se gut oder schlecht sind. Wir wissen, dass die Wirtschaftssubjekte trotz ähnlicher Wirtschaftslage nicht immer gleich reagieren, dass die Erwartungen eine zentrale Rolle spielen. Herdenverhalten ist kein unbekanntes Phänomen für die Wirtschaftswissenschaft. Spieltheoretische Überlegungen,

Experimente und ökonometrische Untersuchungen zeigen uns, dass nicht in jeder Hinsicht rational gehandelt wird. Spiegelt sich diese Tendenz in der Forschung auch in der universitären Lehre wider?

Wohin steuert die akademische Ausbildung in der Volkswirtschaftslehre?

International weitgehend einheitlich beginnt die akademische Ausbildung mit gesichertem Allgemeinwissen, um anschließend die so erworbenen Erkenntnisse auf spezielle Fragestellungen anzuwenden. Grundlagen sind die Mikro- und Makroökonomik sowie die Ökonometrie. Die Weiterführung und Spezialisierung erfolgt in angewandten Gebieten der Wirtschaftswissenschaft und über themenzentrierte Analysen. Dieses besonders in den angelsächsischen Ländern favorisierte, aber auch in Deutschland sich allmählich durchsetzende Modell hat den Vorteil, dass alle auszubildenden Ökonomen sowohl theoretisch und methodisch als auch von den zentralen Fragestellungen zunächst auf den gleichen Stand gebracht werden. Erst danach wird in den verschiedenen angewandten Teildisziplinen das Allgemeinwissen konkretisiert. Hier erfolgt dann die Verbindung von Theorie, Politik und Empirie.

In traditioneller Form ist die Ausbildung in Deutschland von dem Gedanken geprägt, dass es einer Spezialisierung nicht bedarf, dass nach Grundausbildung allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Finanzwissenschaft und Wirtschaftspolitik für alle verbindlich sind. Der empirischen Wirtschaftsforschung und Ökonometrie wird keine besondere Bedeutung beigemessen.

Das neuere internationale Curriculum hat andere Grundsätze: (i) Wir benötigen angewandte Ökonomik, weil wir nur so hoffen können, näher an die Realität zu kommen. Hierzu gehören vor allem Arbeitsökonomik, Einkommensverteilung, Finanzmarkttheorie, Entwicklungsökonomik, Industrie- und Umweltökonomik, aber auch die Finanzwissenschaft. (ii) Empirie und Wirtschaftspolitik sind integrale Bestandteile jeder angewandten Ökonomik. (iii) Allgemein verbindliche Grundsätze der Wirtschaftspolitik, die auf alle Teilbereiche der angewandten Ökonomik ausstrahlen und dort zum Tragen kommen, existieren im Gegensatz zu den Methoden der Ökonometrie nicht. Es bedarf keiner vorgeschalteten ordnungs- und wettbewerbsspolitischen Diskussion und Festlegung.

Was ist zu tun?

Eine Krise der Wirtschaftswissenschaft herbeizureden, wäre genau das Falsche. Wir sollten uns jedoch nicht mit dem Erreichten zufrieden geben, sondern weiter auf dem ein-

geschlagenen Weg vorangehen, der da heißt: Theorie und Empirie zur gegenseitigen Befruchtung miteinander verbinden. »Measurement without theory« ist, wie von Koopmans bereits 1947 geißelt, genauso nutzlos wie eine Theorie, die sich empirischer Überprüfung entzieht. Heterogene Verhaltensweisen und Institutionen sind noch stärker als bisher in die modelltheoretische Analyse zu implementieren. Die Anreizwirkungen, die von Gesetzen, Vereinbarungen und historisch gewachsenen Gegebenheiten ausgehen, sind noch genauer zu untersuchen. Es ist verstärkt zu betonen, dass ökonomische Zusammenhänge nicht für die Ewigkeit gelten und dass dementsprechend auch wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht für jede Situation gleichermaßen empfehlenswert sind. Hier können wir durchaus auf gute Beispiele zurückgreifen. So zeigt Malinvaud (1977) in seiner »Theory of Unemployment Reconsidered«, dass die Diskussion über klassische und keynesianische Arbeitslosigkeit nicht ideologisch zu führen ist, sondern dass die wirtschaftlichen Bedingungen bestimmen, welche Art der Arbeitslosigkeit vorliegt und mit welchen Instrumenten an deren Beseitigung zu gehen ist. Wenn wir mehr von Hypothesen bedingter Zusammenhänge ausgehen, als unbedingten Beziehungen zu vertrauen, dann nimmt die Reputation der Wirtschaftswissenschaft z.B. keinen Schaden, nur weil die Phillipskurve für bestimmte Phasen Gültigkeit besitzt und für andere weniger oder weil die Erklärung der Investitionstätigkeit durch Tobins q für die zwanziger und dreißiger Jahre ausgezeichnet war, während direkt nach dem zweiten Weltkrieg oder während der ersten Ölpreiskrise trotz ungünstiger Entwicklung auf dem Aktienmarkt die Investitionstätigkeit hoch war.

Soweit keine überzogenen Ansprüche an die Wirtschaftswissenschaft gestellt werden und die Ökonomen sich auch nicht selbst überschätzen, nicht als Heilsbringer, Wahrsager oder Weltverbesserer auftreten, ist es gar nicht so schlecht um diese Wissenschaft bestellt. Wir benötigen keine Gurus, die glauben, genau zu wissen und dies auch verbreiten, welche Entwicklung die Weltwirtschaft nimmt, wann die nächste Krise kommt. Wohl gemerkt, wir können und sollen aufgrund unserer theoretischen Kenntnisse auf mögliche Fehlentwicklungen hinweisen, aber punktgenaue Schätzungen, zeitlich exakte Prognosen über Wendepunkte und numerisch genaue Aussagen über kausale Wirkungen wirtschafts- und unternehmenspolitischer Maßnahmen sind zu vermeiden. Es gibt immer unvorhersehbare Ereignisse und nicht beobachtbare Verhaltensweisen, die der Ökonometriker zwar versucht, durch unbeobachtete Heterogenität, durch Strukturbrüche, durch approximative Bestimmung und Zufallseinflüsse aufzufangen, die aber, wenn sie zwischen Schätz- und Prognosezeitraum auftreten, nicht berücksichtigt werden können.

Epidemiologen wird kaum vorgeworfen, dass sie Pandemien nicht genau vorhersagen können. Auch Geologen und

Meteorologen wird nachgesehen, dass sie bei Prognosen über Vulkanausbrüche, Erdbeben oder Tsunamis nicht immer richtig liegen. Nur Ökonomen werden ob ihrer unzureichenden Vorhersagen belächelt. In gewisser Weise haben sie sich das allerdings auch selbst zuzuschreiben. Sie lassen sich als wirtschaftspolitische Berater auf Forderungen der Politik ein, numerisch und zeitlich genaue Angaben zu liefern. Ein Verzicht darauf darf jedoch nicht dazu führen, dass nur verbal umschrieben wird, was bisher numerisch formuliert wurde. Die Situation stellt sich dann so dar wie bei Erstklässlern in der Schule, die noch keine Noten erhalten dürfen, sondern nur eine Beurteilung. Wenn diese jedoch derart standardisiert erfolgt, dass die Eltern sie genau in Noten umsetzen können, dann ist das Ziel verfehlt.

Notwendig ist, dass Ökonomen Politiker von der prinzipiellen Ungenauigkeit der Aussagen überzeugen, dass sie ihnen alternative Szenarien liefern, die nach dem gegenwärtigen Stand der Kenntnisse zumindest eine optimistische, eine pessimistische und eine wahrscheinliche Entwicklung beschreiben, dass sie eine verständliche Interpretation der verschiedenen Ergebnisse anbieten. Dem Forscher helfen bei der Einschätzung Sensitivitätsanalysen à la Leamer. Weit reichende Robustheitsuntersuchungen sollten durchgeführt werden. Gemeint sind damit Replikationsstudien mit alternativen Datensätzen, unterschiedlicher Spezifikation und alternativen Schätz- und Testmethoden.

Was ist damit gewonnen? Für den Nichtfachmann zunächst wenig. Er steht, wenn er ohne Interpretationshilfen bleibt, vor einem Haufen unterschiedlicher, nicht einschätzbarer Ergebnisse und neigt dann schnell zu dem Vorurteil: Damit ist nichts anzufangen. Ich habe es schon immer gewusst, dass Ökonometrie nichts taugt. Schaffen wir doch Gremien wie den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Situation ab. Ich glaube denen kein Wort, wie es Ende letzten Jahres Peter Struck, der Fraktionsvorsitzende der SPD, formuliert hat. Aber für den Fachmann sind die alternativen Entwicklungspfade wichtig. Er kann und muss entscheiden, ob datenbedingte Unterschiede ein Ausdruck für systematische Verhaltensunterschiede sind oder ob die allgemeine Fragilität der Zusammenhänge verantwortlich ist. Er muss deutlich machen, welche Methode angemessen ist, wie sensibel die zentralen Ergebnisse auf Berücksichtigung verschiedener Einflussgrößen reagieren, welcher theoretische Ansatz sich in der gegenwärtigen Situation am besten bewährt.

Es sind Szenarien und daraus folgende Maßnahmen mit ihren Wirkungen auf Vorrat zu entwerfen und stets den tatsächlichen Entwicklungen anzupassen. Die Wissenschaftler sollten sowohl national als auch international noch enger zusammenarbeiten. Die DFG, die VW-Stiftung, die Leibniz-Gemeinschaft oder die Forschungsförderung der EU bieten dafür auch von finanzieller Seite gute Möglich-

keiten. Das Arbeiten in Graduiertenkollegs, Forschergruppen, Schwerpunktprogrammen, Sonderforschungsbereichen oder Exzellenzinitiativen ist dem isolierten Forschen vorzuziehen.

Häufig wird bemängelt, dass Wirtschaftswissenschaftler und Empiriker mit veralteten Daten aufwarten, dass ungeeignete Informationen zu ihren Schlussfolgerungen führen. Dabei handelt es sich zweifellos um beachtenswerte Einwände. Hierzu sind jedoch in den letzten Jahren deutliche Fortschritte erzielt worden. Insbesondere die Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur hat 2001 mit ihrem Gutachten dazu beigetragen, dass der Wissenschaft der Zugang zu wichtigen Daten erheblich erleichtert wurde.

Trotz dieser Angebote und Verbesserungen kommt noch viel Arbeit auf uns zu. Das heißt für mich jedoch nicht, den Grundansatz zu verändern. Die Ökonomik orientiert sich vorrangig an Zielen und Entscheidungen und dabei sollte sie auch bleiben. Es ist die Stärke der ökonomischen Analyse, dass sie Modelle mit genau festgelegten Restriktionen entwickelt, die eindeutige Aussagen über Wirkungen zulassen, wenn Abweichungen vom Referenzmodell vorliegen. Und die Implikationen sind empirisch falsifizierbar. Auch wenn in den letzten 20 Jahren deutliche Fortschritte bei der Berücksichtigung spezieller Verhaltensweisen in der Form beobachteter und unbeobachteter Heterogenität sowie der Einbeziehung von Institutionen in die Analyse erzielt worden sind – das von der DFG geförderte Schwerpunktprogramm SPP 1169 »Flexibilisierungspotenziale bei heterogenen Arbeitsmärkten« ist hierfür ein gutes Beispiel –, bleibt auf diesem Gebiet noch eine ganze Menge zu tun. Aber nicht die rein verbal argumentierende Analyse, sondern ein Vorgehen, das neue Elemente in die bestehende Modelltheorie integriert, das die Nähe und den Austausch mit der Empirie sucht, ist hier der richtige Ansatz.

Literatur

- Akerlof, G.A. und R.J. Shiller (2009), *Animal spirits. How human psychology drives the economy and why it matters for global capitalism*, Princeton University Press, Princeton.
- Albert, H. (1967), *Marktsoziologie und Entscheidungslogik. Ökonomische Probleme in soziologischer Perspektive*, Luchterhand, Frankfurt am Main.
- Bell, D. (1980), »Models and reality in economic discourse, Public Interest, Special edition«, *Economic theory and policy in disarray*. 46–80.
- Debreu, G. (1991), »The mathematization of economic theory«, *American Economic Review* 81, 1–7.
- Malinvaud, E. (1977), *The theory of unemployment reconsidered*, Basil Blackwell, Oxford.



Peter Oberender*

Symbiose aus Ordnungsökonomik und Mainstream

Gibt es eine »Krise« der Wirtschaftswissenschaften? Diese Fragestellung steht holzschnittartig für eine Debatte, die in jüngerer Zeit teilweise mit Verve ausgetragen wurde, nämlich welche Richtung und damit zusammenhängend welche Zukunft die deutsche Volkswirtschaftslehre denn noch hat. Ansatzpunkt ist ein vermeintlicher Widerspruch zwischen Ökonomen, die sich der traditionell deutschen Richtung der Ordnungsökonomik zugeordnet fühlen, und Ökonomen, die sich als »Mainstream« einordnen. Um eine Position gleich zu Beginn zu setzen: Nicht der Widerspruch zwischen eher mathematisch fundierter Ökonomik und ordnungstheoretischer Analyse steht eigentlich im Mittelpunkt der Debatte und sollte es auch nicht, sondern es stellt sich die Frage, wie und mit welchen Methoden die Volkswirtschaftslehre sowohl in der internationalen wie nationalen Forschungslandschaft präsent ist als auch, was sie beitragen kann, volkswirtschaftliches Wissen in breiter Weise in die gesellschaftliche Debatte einfließen zu lassen. Letztgenannte Zielrichtung setzt an der Idee einer gesellschaftlichen »Aufklärung« an.

Bevor auf die Frage der Wirkungsebene der Volkswirtschaftslehre im Detail eingegangen werden kann, gilt es jedoch, die (vermeintlichen) Widersprüche zwischen formaler und verbaler Ökonomie noch einmal aufzugreifen. Wie beispielsweise Christoph Schmidt und Nils aus dem Moore schreiben (vgl. Schmidt und Aus dem Moore 2009), hat gerade die mathematische Methode viele empirisch relevante Fragestellungen erst in einer Form aufbereiten können, dass sie ökonometrisch testbar sind. Auch hilft eine mathematische Formulierung gewählter Modellaussagen zur Selbstdisziplin und zur Stringenz der Argumentationsführung des Wissenschaftlers. Diese Vorteile einer mathematisch fundierten

Ökonomik können und sollen nicht negiert oder gar gelehnt werden, aber sie setzen die Wahl eines Untersuchungsgegenstands voraus, der den Einsatz derartiger Modellstrukturen möglich macht. So ist es zweifelsohne richtig, dass die Effizienz ausgesuchter Methoden der Besteuerung oder die Funktionsfähigkeit arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen durch eine theoretische, mathematisch fundierte Formulierung stringent aufgearbeitet werden und in einem zweiten Schritt dann entsprechend empirisch getestet werden kann.

Gleichwohl erfordern jedoch Fragen der Fortentwicklung von Gesellschafts- und Regelungssystemen oder gar die Auseinandersetzung mit der Akzeptanz von Regelungssystemen beispielsweise im Kontext der Erforschung von Transformationsprozessen, wie sie in den osteuropäischen Ländern zu erfahren waren und auch noch sind und insbesondere in China und Indien erlebt werden können, einen breiteren ökonomischen Ansatz.

Neben mathematisch fundierten Modellen, die häufig auch in einer graphischen Darstellungsart zur Erklärung des Sachverhalts ausreichend sind, ist die Kenntnis institutionenbasierter Gegebenheiten und auch die engere Verzahnung in die politisch wie gesellschaftliche Tradition für derartige Analysen, die auch und gerade aus ökonomischen Blickwinkel relevant sind, von Nöten. Aber auch in der inländischen Wirtschafts- und Sozialpolitik ist es nicht unwichtig, ein Denken in Analogien zu fördern, das vor allem durch die grundsätzlichen ökonomischen Muster, ohne strenge formale Stringenz, die Einordnung verschiedener wirtschaftspolitisch relevanter Muster erlaubt, die dann nachgelagert durchaus mit verschiedenen Modellansätzen unterschiedlich untersucht werden können.

Ingo Pies betont an dieser Stelle das Versäumnis der Ordnungsökonomik, das sich in den letzten Jahren aufgestaut hat, nämlich das Denken in Ordnungen frühzeitig genug mit einem Denken in Anreizen zu verknüpfen (vgl. Pies 2008). Es hilft nichts einerseits die Bedeutung ordnungspolitischer Aspekte zu betonen, andererseits aber zu vernachlässigen, dass viele Fragestellungen ordnungspolitischer Natur nicht mehr grundsätzlich von der Frage des Systemgegensatzes Marktwirtschaft vs. Planwirtschaft geprägt sind, sondern häufig systemimmanente Anwendungsfragen im Vordergrund der Analyse stehen. Hier bieten gerade detaillierte, am Effizienzkonzept orientierte Analysemethoden adäquate Problemstrategien. Als Beispiel mag die Frage gelten, wie beispielsweise Regulierungsverfahren im Kontext regulierter Netzwerksysteme ausgestaltet sein sollen oder ein effizientes Auktionsverfahren bei der Verteilung knapper Netzwerkressourcen organisiert werden kann.

Neben den systemimmanenten Problemstellungen bleiben jedoch gleichwohl parallel Fragestellungen der System-

* Prof. Dr. Peter Oberender lehrt an der Universität Bayreuth.

konkurrenz bestehen, wie sie im Kontext der Transformationsdebatte beispielsweise weiterhin aktuell sind. So ist für eine Fundierung verschiedenartiger ökonomischer Analysestrategien die konsequente Herausarbeitung unterschiedlicher Ordnungsmuster und ineinander greifender Regelungen eines derartigen Transformationslandes notwendig, um überhaupt den Objektbereich »Wirtschaftspolitik im Transformationsland« richtig einordnen zu können. Aber auch in den traditionellen wirtschaftspolitischen Diskussionen treten weiterhin Ordnungsfragen auf, die beispielsweise mit dem Konzept der Dilemmasituation abgrenzbar sind. So gestalten sich wirtschaftspolitische Fragestellungen häufig als Wechselspiel unterschiedlicher normativer Zielsetzungen, die vor dem Schleier eines möglichen gemeinsamen Interessens firmieren können, das es auch durch die Wirtschaftspolitik aufzudecken gilt. Gerade die Diskussion um die Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme ist hier idealtypisch aufzuführen. Dilemmasituation lassen sich durch ein reines Maximierungskalkül häufig nicht lösen, sondern greifen auf Kooperationslösungsansätze zurück. Gerade hier gehen aber ordnungspolitische Orientierung und formale Methode einen parallelen Gang, da aus Sicht der Ordnungsökonomik die Bezugnahme auf spieltheoretische Modelle fast zwangsläufig notwendig ist, um mögliche Kooperationsideen, die ordnungsökonomischen Ideen folgen, entsprechend ihrer Funktionsfähigkeit und Effizienz zu testen.

Es lässt sich somit festhalten, dass es gerade die Aufgabe der Ordnungsökonomik sein muss, in umfassender, ganzheitlicher Sicht einen Problemkontext zu identifizieren und ihn der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zuzuführen. Diese Aufgabenzuschreibung steht aber gerade nicht im Widerspruch zu formalen Methoden, was auch insofern sinnlos wäre, da es gerade Sinn der ordnungsökonomischen Auseinandersetzung sein sollte, Methodenpluralitäten zu fordern und zu fördern. In der Entwicklungsgeschichte wichtiger theoretischer Ideen konnte diese Aufgabenteilung deutlich werden, ohne dass diese Form an Relevanz verloren haben muss.

Ein sehr greifbares Beispiel, was ein wenig das Dilemma der Ordnungsökonomik darstellt, aber gleichzeitig weiterhin instruktiv bleibt, ist die Einführung der transaktionskostenökonomischen Ideen durch Oliver Williamson. Diese Ideen, die sicherlich als Grundbestand (institutionen-)ökonomischer Methoden interpretiert werden können, wurden vor allem durch die Interpretation von Erfahrungstatbestände plausibilisiert und in die ökonomische Debatte integriert. Die Integration des Erfahrungstatbestandes »Austauschbeziehungen« im Kontext potenzieller Transaktionsbeziehungen in die ökonomische Forschung war daher in erster Linie von dem Interesse des Objektbereichs getrieben und nicht von der Anknüpfung an eine bestehende Modellinterpretation. Beide Ansatzpunkte jedoch kennzeichnen die ökonomische

Betrachtung und sollten dies auch tun. Liegt somit eine Scheindebatte zwischen Mainstream und »Ordnungsökonomik« vor? Prima facie lässt sich dies bejahen, wenn nicht die Sorge bestehen würde, dass diese Debatte der Ökonomie als Ganzes schaden könnte. Die Auseinandersetzung um die Zukunft der Wirtschaftswissenschaften scheint nämlich ein wenig die Diskussion zu verschleiern, die möglicherweise viel stärker die Auseinandersetzung prägt, nämlich nach der Verortung der Volkswirtschaftslehre in der gesellschaftlichen Diskussion.

Fokussiert die Betrachtung lediglich auf den internationalen Forschungswettbewerb, scheint die Antwort auf die Debatte leicht zu sein. Der »Markt der Forschung« steht im internationalen Ideenaustausch, der, auch wenn dies nicht von jedem Ökonomen von Herzen getragen wird, durch eine internationale Standardisierung gekennzeichnet ist. So ist es ein notwendiges Werkzeug für den Ökonomen, sowohl die methodischen Handwerksapparate, dazu gehört unter anderem eine mathematisch orientierte Methodenkenntnis und korrespondierende empirische Techniken, mit der Lingua franca der Wirtschaftswissenschaft, nämlich Englisch, verknüpfen zu können. Dieser Standard hat sich in den letzten Jahren deutlicher herauskristallisiert, ohne jedoch dabei zu vergessen, dass es gerade auch den Ökonomen reizen sollte, über die »Contestability« von Standards nachzudenken. Diese Beschreibung des Marktes für Forschung kann aber nur ein Teilmarkt für einen akademisch tätigen Volkswirt sein, dessen Zielsetzung es doch auch sein kann, jedenfalls in der gewissen Tradition einer Sozialwissenschaft orientiert, an einer gesellschaftlichen »Aufklärung« mitzuwirken. Diese Form der Aufklärung setzt aber bereits im Lehrangebot an, das daher nicht nur auf die Selektion des eigenen, doch eher eng formulierten, methodisch geschulten Volkswirten orientiert sein darf, sondern im Sinne einer Querschnittsfunktion in vielerlei Hinsicht notwendige Basiskenntnisse in ökonomisch verwandten Studiengängen oder gar in fachfremden Studiengängen erbringen kann. Dass derartige Serviceleistungen hinsichtlich der Forschungseffizienz teilweise als »Zusatzkosten« empfunden werden, kann jedoch nicht als Argument dafür gelten, dass nicht gerade auch in einer derartigen Lehrleistung eine wichtige Aufgabe einer akademisch orientierten Volkswirtschaftslehre besteht. Notwendigerweise wird diese jedoch stärker institutionenbasiert und national orientiert sein müssen, ohne jedoch dabei auf die Entwicklungen aktueller internationaler wie nationaler Forschung verzichten zu müssen.

Darüber hinaus ist es eine Frage an die eigene Zunft, ob und wie die Volkswirtschaftslehre eine Form der Orientierungsleistung volkswirtschaftlicher Beratung in Deutschland für die nationale wie internationale Wirtschaftspolitik ausgestalten will. Bereits eingangs konnte festgehalten werden, dass die Fortentwicklung der ökonomischen Theorie, insbesondere in den Methoden der Ökonometrie wie auch

in der experimentiellen Wirtschaftsforschung, die Anwendungsorientierung gegebener methodischer Fragestellungen deutlich verbessert hat und somit häufig anwendungsorientierter ist als früher üblich. Gerade in dieser Hinsicht läuft die (ordnungsökonomische) Kritik am so genannten *Mainstream* in die Leere. Gleichwohl scheint sich zumindest der Eindruck in der (ver-)öffentlichten Meinung zu manifestieren, dass eine deutliche Zahl deutscher Volkswirte vornehmlich in den Kategorien der internationalen Forschungsfragen denkt, die häufig vor allem an der Fortentwicklung methodischer Ansätze orientiert sind, als in spezifischen landestypischen Problemstellungen. Die Erklärung dieses Zusammenhangs müsste für einen Ökonomen selbst auf der Hand liegen. Die Auszahlungsfunktion, gemessen an wissenschaftlicher Reputation, gepaart mit entsprechenden komplementären Benefits, ist im ersten Bereich deutlich höher als im zweiten Bereich. Somit ist die Tendenz zu konstatieren, dass das Interesse an volkswirtschaftlicher Beratung für regionale oder nationale Problemstellungen, wie sie vor allem in der Sozialpolitik häufig zu finden sind, für Volkswirte an Bedeutung verliert.

Die Integration der Volkswirtschaftslehre in die gesellschaftspolitische Diskussion hat in Deutschland eine eigenständige Diskussion, die früher wissenschaftlich mit dem Begriff der Staatswissenschaft umschrieben wurde. So ist es sicherlich wichtig, die Internationalität der deutschen Volkswirtschaftslehre zu stärken. Gleichwohl ist eine Fundierung ordnungsökonomischer Analyse in den Kontext der ideengeschichtlichen Entwicklung und auch in der Auseinandersetzung unterschiedlicher ökonomischer Denkschulen nicht rein philosophischer »Ballast«, sondern kann hilfreiche Orientierungspunkte für die Auseinandersetzung mit den Grenzbereichen der ökonomischen Analyse geben. Gerade die Interdisziplinarität mit anderen Wissenschaftszweigen, wie etwa der Jurisprudenz oder auch der Soziologie hat interessante Entwicklungen der institutionen- und konstitutionenökonomischen Forschung erst vorangetrieben. Hier gilt es einen Methodenpluralismus als Stärke der eigenen Disziplin zu begrüßen und nicht vor schnell einer Form der wissenschaftlichen Standardisierung das Wort zu reden. Gleichwohl ist die Tendenz, den wissenschaftlichen Wettbewerb am internationalen Standard zu messen, der vornehmlich an referierten, englischsprachigen Journals orientiert ist, eine Form des »internationalen Erkenntniswettbewerbs« (Schmidt und Aus dem Moore 2009), der auch in der Ökonomik nicht mehr wegzudenken ist und vor allem zu einer transparenten und offeneren Form wissenschaftlicher Standards geführt hat. Ingo Pies ist zuzustimmen, wenn er fordert, dass die Ordnungsökonomik sich dieser Entwicklung nicht verweigern sollte und vielmehr gerade bewusst auch die internationale wissenschaftliche Auseinandersetzung suchen sollte. Denn im Grundsatz liegt ein gemeinsames Interesse aller Volkswirtschaftler, wirtschaftliches Wissen in fundierter Form zu entwickeln und weiterzugeben. Wichtig

ist nur, dass viele Entwicklungsschritte möglich sind und auch respektiert werden. Denn auch ein gegenwärtig akzeptierter Standard muss sich der Veränderung stellen.

Literatur

- Pies, I. (2008), »Mathematik und Ordnungspolitik sind kein Widerspruch – Aber die universitäre Zukunft der Ordnungspolitik ist selbst ein gravierendes Ordnungsproblem«, Diskussionspapier Nr. 2008-7, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik, Universität Halle-Wittenberg.
Schmidt, C. und N. aus dem Moore (2009), »Quo vadis, Ökonomik?«, *FWI-Positionen*, Nr. 30, 22. Mai.



Alexander Karmann*



Andreas Bühn**

Chancen nutzen – internationale Ausrichtung tut Not

Der Streit um die Zukunft der Volkswirtschaftslehre ist entbrannt. Die über die öffentlichen Medien geführte Diskussion – auf den medienwirksamen Aufstand der Kölner Emeriti folgte der Ohr-Vaubel-Aufruf in der FAZ, woraufhin sich im Handelsblatt erheblicher Widerstand seitens Verfechtern einer zeitgemäßen, international ausgerichteten Volkswirtschaftslehre formierte – fällt vermutlich nicht zufällig mit den jüngsten Entwicklungen auf den Finanz- und Immobilienmärkten und deren Nachwehen in der globalisierten Realwirtschaft zusammen. Sicherlich ist der Disput auch vor dem Hintergrund des Bologna-Prozesses und der damit verbundenen Umstellung des traditionellen Diplomstudiums auf die gestuften Studiengänge Bachelor und Master zu sehen. Doch der Reihe nach.

Anlass des Aufbegehrens der Kölner Emeriti war die geplante Neubesetzung von sechs der insgesamt zwölf Lehrstühle für Volkswirtschaftslehre an der Kölner Fakultät. Durch die Schaffung eines Forschungsschwerpunktes »Makroökonomie« sollte sich die Fakultät – ganz im Sinne Bolognas – stärker dem internationalen Forschungswettbewerb öffnen. Sah man seitens der Fakultätsleitung in der gebündelten Neubesetzung und der damit verbundenen Neuausrichtung einen Gewinn an Forschungsqualität für die gesamte Fakultät, stieß diese bei den Kölner Emeriti auf heftige Gegenwehr. Sie sahen den guten Ruf einer praxisnahen akademischen Ausbildung insbesondere in Fragen der Wirtschaftspolitik gefährdet. Ganz ähnlich argumentieren Renate Ohr und Roland Vaubel. In ihrem Aufruf beklagen sie den flächendeckenden Wegfall bzw. die Umwidmung von Lehrstühlen für Wirtschaftspolitik. Zudem führe die aktuelle Berufungs-

praxis zu verzerrten Karriereanreizen für Nachwuchswissenschaftler: Diese zögen sich in ihren Elfenbeinturm zurück, verdrängten die praxisnahe wirtschaftspolitische Analyse zugunsten einer in internationalen Zeitschriften publizierbaren Forschung, die durch Detailverliebtheit und mathematische Modelle dominiert sei. Dadurch sei – so die Argumentation – die systematische und über die reine Wirtschaftstheorie hinausgehende Analyse wirtschaftspolitischer Fragestellungen und die Formulierung wissenschaftlich fundierter Empfehlungen an die praktischen Entscheidungsträger akut gefährdet. In letzter Konsequenz komme es dann zum Versagen der realen Wirtschaftspolitik, weil Verhaltensweisen von Wirtschaftssubjekten falsch eingeschätzt würden, Institutionen Fehlanreize setzten und die Wirkung von wirtschaftspolitischen Steuerungsinstrumenten nicht adäquat beurteilt werde. Formale Klarheit reiche eben für die Analyse realer wirtschaftlicher Fragestellungen nicht aus.

Im Handelsblatt bezogen daraufhin 188 Professoren gegen diese Sichtweise und der damit verbundenen negativen Beurteilung der aktuellen (Forschungs-)Ausrichtung in der Volkswirtschaftslehre Stellung. Sie sehen in der mit dem Ohr-Vaubel-Aufruf verbundenen, international unüblichen Festigung einer Trennung der Volkswirtschaftslehre in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik einen erheblichen Standortnachteil für Deutschland. Vielmehr fordern sie, die an vielen volkswirtschaftlichen Fakultäten begonnene Neuausrichtung mit aller Konsequenz weiterzuführen. Nur so könne gewährleistet werden, dass deutsche Universitäten in absehbarer Zeit wieder eine höhere Stellung in der internationalen Forschung einnehmen.

Nun könnte man meinen, die aktuellen Entwicklungen an den Weltfinanzmärkten und die damit ausgelösten realwirtschaftlichen Verwerfungen geben den Vertretern der ersten These, die moderne Volkswirtschaftslehre leiste einen zu geringen Beitrag zur Erklärung der tatsächlichen wirtschaftspolitischen Probleme, Recht. Trotz ausgefeilter Modelle fällt es schwer, die Entstehung von Blasen an den Finanzmärkten zu erkennen. Und tatsächlich wissen wir über die Entstehung, den Zusammenbruch und die damit verbundenen realwirtschaftlichen Auswirkungen in ihrer Komplexität wenig. Hier besteht für die Zukunft erheblicher Forschungsbedarf, um die Verzahnung zwischen Finanzmärkten und der Realwirtschaft besser zu verstehen, die Entstehung von Überhitzungen an den Finanzmärkten frühzeitig zu erkennen und zu einem tieferen Verständnis des Zusammenspiels zwischen Finanzmärkten, Bankensektor und Realwirtschaft zu gelangen. Über die Entwicklung geeigneter Korrekturmaßnahmen sollte ebenfalls intensiv geforscht werden, um die Auswirkungen der entsprechenden wirtschaftspolitischen Instrumente besser einschätzen und die Entscheidungsträger in der Politik und die Öffentlichkeit auf wissenschaftlich solider Basis informieren und beraten zu können. Die Fortschritte

* Prof. Dr. Alexander Karmann ist Inhaber des Lehrstuhls Geld, Kredit und Währung an der Technischen Universität Dresden.

** Andreas Bühn ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Geld, Kredit und Währung an der Technischen Universität Dresden.

sollten durch schrittweises Vorgehen – Änderung immer nur einer Annahme, um die kausalen Effekte zu isolieren –, anstatt durch volkswirtschaftliche Belletristik, die alle möglichen Annahmen gleichzeitig zur Disposition stellt, erzielt werden.

Leider haben die jüngsten Ereignisse an den Finanzmärkten zu Unrecht den Eindruck erweckt, dass sich die Volkswirtschaftslehre detailverliebt nicht um die tatsächlichen Probleme kümmere, geschweige denn diese erklären würde. Bei genauerer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass in vielen Teilgebieten der modernen Volkswirtschaftslehre die theoretische und empirische Analyse volkswirtschaftlicher Fragestellungen kombiniert werden. Die Trennung erfolgt nicht zwischen Theorie und Empirie, nicht zwischen Modellen und konkreten wirtschaftspolitischen Empfehlungen, sondern zwischen den einzelnen Forschungsschwerpunkten. Die Kombination von Theorie und angewandter empirischer Forschung spiegelt sich daher auch in den internationalen Top-Zeitschriften wider. Viele der dort veröffentlichten Arbeiten beschäftigen sich mit aktuellen, relevanten Fragestellungen und konfrontieren in empirischen Analysen die aus den Modellen abgeleiteten Hypothesen mit realen Daten. Der »Praxistest« erlaubt es schließlich, fundierte wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen abzuleiten. Die gewonnenen Einsichten sind somit methodisch, theoretisch und empirisch korrekt, die formulierten Schlussfolgerungen sind für andere Wissenschaftler, die Entscheidungsträger in der Politik und die interessierte Öffentlichkeit überprüfbar und nachvollziehbar. Die geforderte Einheit von modelltheoretisch-quantitativen Untersuchungen und praxisorientierter wirtschaftspolitischer Beratung ist international in vielen Bereichen der Volkswirtschaftslehre längst stillschweigend vollzogen worden. Dies ist auch daran zu erkennen, dass viele führende Ökonomen, die in den Top-Zeitschriften publiziert haben und dort nach wie vor aktiv publizieren, zentrale Entscheidungsträger der amerikanischen und internationalen Wirtschaftspolitik sind oder einflussreiche Beraterpositionen innehaben. Der häufig geforderte Beratungsanspruch ist eben nur bei hinreichender wissenschaftlicher Reputation erfüllbar.

In Deutschland hingegen finden sich im internationalen Vergleich wenig führende Vertreter unseres Fachs in vergleichbaren Positionen. Ursächlich hierfür könnte gerade die historisch gewachsene Trennung der Volkswirtschaftslehre in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik sein. Erst die Symbiose von guter Theorie und guter Empirie, von Grundlagen- und angewandter Forschung versetzt die Volkswirtschaftslehre in die Lage, international sichtbare Beiträge zu leisten und eine wissenschaftlich fundierte – theoriegestützt und auf modernem ökonomischen Analyseinstrumentarium basierende – Beratung für die (Wirtschafts-) Politik durchzuführen.

Die begonnene Öffnung der volkswirtschaftlichen Forschung in Deutschland ist konsequent fortzuführen. Ziel muss es sein, die deutsche Volkswirtschaftslehre an international übliche Standards heranzuführen. Nur dann können die gegenwärtige allgemeine Vertrauenskrise in unsere Zunft überwunden und die Herausforderungen einer an realen Problemen orientierten wirtschaftspolitischen Beratung bewältigt werden. An leistungsstarken Fakultäten forschen und lehren sowohl Spezialisten aus Theorie oder Ökonometrie als auch Forscher, die auf hohem Niveau beides miteinander kombinieren. Durch die Bildung von Forschungsclustern kann der Trend zu einer modernen empirischen Wirtschaftsforschung positiv beeinflusst werden. Für die zukünftige Ausrichtung der volkswirtschaftlichen Forschung in Deutschland sollte die Devise daher sein: sowohl als auch statt entweder oder.

Aber nicht nur um die Ausrichtung der Forschung an den Fakultäten, auch um die Inhalte in der Lehre ist die Diskussion entbrannt. Bei einer jüngsten Befragung unter gut 400 Studenten der Volkswirtschaftslehre an der Kölner Universität kam heraus, dass die Mehrzahl die in der Volkswirtschaftslehre gelehrt Methoden als zu formal und weltfremd ablehnt und sich einen größeren Bezug zur Realität sowie moderne Lehrinhalte wünscht. Anstatt sich in ihrem Ausbildungskanon auf die reine Theorie, auf Mathematik und Modelle zu fixieren, sollten Dozenten lieber Vorlesungen mit relevanten Inhalten halten sowie den Bezug zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragestellungen stärker in den Fokus rücken: eine durchaus verständliche Forderung seitens der Studenten, streben sie doch in überwiegender Mehrheit keine akademische Laufbahn an, sondern suchen eine Ausbildung für einen anspruchsvollen Beruf in einem Unternehmen oder in der öffentlichen Verwaltung.

Kontrovers diskutiert wird die Ausbildung im Fach Volkswirtschaftslehre auch vor dem Hintergrund des mit dem Bologna-Prozess verbundenen Übergangs vom traditionellen deutschen Diplomstudiengang zu den gestuften Studiengängen Bachelor und Master. Häufig wird argumentiert, dass dadurch die Ausbildung zum Kurzstreckenlauf verkümmert, bei dem es um die optimale Zahl an Creditspoints und Noten geht. Der Bildungsaspekt eines Hochschulstudiums werde immer stärker in den Hintergrund gedrängt: Bildung wird zur Ausbildung. Insbesondere im Bachelor bietet das Curriculum wenig Platz für die Grundlagenvermittlung. Angesichts komplexer Anwendungen gewinne sie aber eher noch an Bedeutung, denn interdisziplinäres Denken setzt fundierte theoretische Kenntnisse, nicht nur des eigenen Fachgebietes, voraus. Die geistige Öffnung und die Erziehung zum selbständigen Denken werde nachrangig. Bildung sollte aber das Gegenteil bedeuten: Freiraum, der offen ist für die Lust an der Sache, für Umwege, Seitenwege, Experimentierspielraum, damit eigene Neigungen und Fähigkeiten entdeckt werden können.

Anstatt der guten alten Zeit nachzutruern, sollte die Umstellung als mögliche Chance zur Neuausrichtung ergriffen werden. Während im Bachelor eine pragmatische, berufsorientierte Ausbildung mit verstärktem praktischen Bezug im Vordergrund steht – wie sie im Übrigen von der Wirtschaft früher immer gefordert wurde –, sollte der Master die Studenten gezielt auf eine mögliche Promotion und akademische Karriere vorbereiten. Diese Aufteilung muss ja nicht im Widerspruch zum Humboldtschen Bildungsideal einer freien, selbständigen Erkenntnis, eines aktiven Lehrer-Schüler-Diskurses im permanenten Forschungsprozess und dem Bürgerrecht auf Bildung stehen, kann aber für Hochschulen und ihre Studenten positiv sein. Den Hochschulen ermöglicht diese Aufteilung, die Anforderungen des Massenbetriebs zu beherrschen und in Zeiten, in denen über ein Drittel eines Abiturjahrganges die Hochschule besuchen, ihrer Hauptaufgabe nachzukommen, möglichst vielen jungen Menschen eine gute, berufsqualifizierende Ausbildung zukommen zu lassen. Eine solche praxisnahe, qualitativ hochwertige Lehre ist zum Vorteil der Studenten. Neben einer aktiven Debatte darüber, welches Wissen den Studenten zu vermitteln ist, was zur akademischen Allgemeinbildung gehört und welche Fähigkeiten am Ende einer Ausbildung zu beherrschen sind, ist auch die strikte Einheit von Forschung und Lehre kritisch zu hinterfragen. Die viel zitierte Stärke des amerikanischen Hochschulsystems besteht gerade darin, dass es vielfältige Formen der akademischen Bildung gibt, nämlich staatliche Colleges, Graduiertenuniversitäten, aber auch Eliteeinrichtungen. Eine Unterteilung der deutschen Hochschulen in Hochschulen mit einer stärkeren Forschungsorientierung und Hochschulen mit einer stärkeren Fokussierung auf die studentische Ausbildung könnte ein erster Schritt in diese Richtung sein.